

LTWP-3-653

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Obada Barmou (KV Germersheim)

Titel: LTWP-3-653: ENTWURF
LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel 3 -
Rheinland-Pfalz für alle gerecht gestalten

Antragstext

Von Zeile 652 bis 653 einfügen:

dafür ein, dass Familiennachzug wieder möglich wird. Denn nur wer keine Angst um Angehörige haben muss, kann wirklich ankommen.

Wohnraum, Unterbringung und Versorgung

Gutes Ankommen braucht angemessenen Wohnraum. Wir fördern die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten und unterstützen Kommunen und private Akteur*innen beim Aufbau fairer und dauerhafter Strukturen – etwa durch Wohnraumbörsen, Anreize und Koordinierungsstellen für Menschen mit Vermittlungshemmrisen. Mit einem landesweiten Monitoring gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt schaffen wir Sicherheit und gleiche Chancen

Flüchtlingspolitik & Humanität

Humanität ist für uns nicht verhandelbar. Die diskriminierende und

verwaltungsaufwändige Bezahlkarte entspricht nicht unseren Grundsätzen. Wir fordern gleiche Sozialleistungen für alle Menschen. Auch das derzeit beschlossene GEAS, Zurückweisungen an den Grenzen und die Ausweitung sogenannter sicherer Herkunftsstaaten‘ ohne parlamentarische Kontrolle widersprechen unseren Grundwerten – sie gefährden den Schutz von Minderheiten und die Glaubwürdigkeit Europas. Wir setzen uns darum für eine humane und menschenrechtskonforme Umsetzung ein.

Familiennachzug und humanitäre Rechte

Wir setzen uns uneingeschränkt für das Recht auf Familiennachzug ein. Familien gehören zusammen – auch im Exil. Dabei muss der Nachzug nicht nur für Kinder im schulpflichtigen Alter, sondern auch für volljährige Kinder möglich sein.

Begründung

ngemessener Wohnraum ist eine Grundvoraussetzung für Integration und soziale Teilhabe. Die Förderung dezentraler Unterbringung und dauerhafter Wohnstrukturen entlastet Kommunen und verhindert soziale Isolation. Maßnahmen wie Wohnraumbörsen und Monitoring gegen Diskriminierung schaffen Transparenz, Sicherheit und faire Zugänge für alle.

Ein klares Bekenntnis zu Humanität und Rechtsstaatlichkeit ist angesichts europäischer und nationaler Verschärfungen zentral. Die Ablehnung diskriminierender Maßnahmen wie der Bezahlkarte und eine kritische Haltung zu GEAS und Zurückweisungen zeigen Haltung, wahren Grundrechte und schützen besonders vulnerable Gruppen.

Familiennachzug ist ein grundlegendes Menschenrecht und entscheidend für die seelische Stabilität Geflüchteter. Die Ausweitung auf volljährige Kinder entspricht der Realität vieler Fluchtgeschichten und stärkt das Ziel einer humanen, familienfreundlichen Asylpolitik. Hier soll Rheinland-Pfalz im Bundesrat Initiative ergreifen.

Unterstützer*innen

Okka Senst (KV Rhein-Hunsrück), Leonie Weber (KV Alzey-Worms), Ute Ernst (KV Neuwied), Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße), Natalie Lochmann (KV Mainz), Elisabeth Lehmann (KV Rhein-Hunsrück), Jutta Niel (KV Rhein-Lahn), Joey Isted (KV

Rhein-Hunsrück), Tanja Paschek (KV Rhein-Hunsrück), Henning Singer (KV Südliche Weinstraße), Fernando Andia Cochachi (KV Trier), Corinna Rüffer (KV Trier), Carsten Stumpenhorst (KV Trier), Annika Girmann (KV Koblenz), Marie Dudzik (KV Mainz), Fabian Frank (KV Trier), Astrid Ruppenthal (KV Birkenfeld), Susanne Großpietsch (KV Frankenthal), Gunther Heinisch (KV Mainz), Teresa Bicknell (KV Mainz), Christin Fernholz (KV Mainz)